

und Bahnhof Gmünd erweitert, ebenfalls auf dem Marschfeld südlich von Lundenburg. In Schlesien wird der Elowatel das Gebiet von Rattibor mit Ausschluß der Stadt Rattibor und Rybnel zugewiesen, ferner die Bahn von Rattibor und Rybnel nach Oberberg, sowie Oberberg selbst.

Der polnische Republik wird das Wilkier Gebiet zugesprochen und ein Gebiet ungefähr drei Kilometer westlich von der Weichsel zugewilligt. Das Karwiner Revier, Teschen, sowie die Raßau-Oberberger Bahn kommen vollständig in tschechoslowakischen Besitz.

**Staatspräsident Karolyi übergibt die Macht an das Proletariat**

Ofenpest, 21. März 1919.

Oberstleutnant Biz überreichte dem Präsidenten der ungarischen Volksrepublik Karolyi eine Note der Verbandsmächte, worin mit Bezug auf einen Beschluß der Pariser Konferenz eine neue als politische Grenze zu betrachtende Demarkationslinie zwischen Ungarn und Rumänien bestimmt wird. Die wichtigeren Punkte der neutralen Zone werden von Verbandstruppen besetzt.

Der Ministerrat beschloß, mit Rücksicht auf die eingetretene und angelegentlich der ungarischen Produktion stehenden Katastrophe den Rücktritt der Regierung, welche von Karolyi angenommen wurde. Der Beschluß des Ministerrates wurde dem Oberstleutnant Biz mitgeteilt. Staatspräsident Karolyi erließ eine Rundgebung an das ungarische Volk, worin er erklärt, daß er gleichfalls abtante und die Macht an das Proletariat übergebe.

**Die Diktatur des Proletariates.**

Ofenpest, 21. März.

Die Leitungen der ungarischen Sozialistenpartei und der ungarischen Kommunistenpartei haben in gemeinsamer Sitzung die Vereinigung der beiden Parteien beschlossen: die Partei übernimmt im Namen des Proletariates unverzüglich die ganze Macht. Die Diktatur des Proletariates wird vom Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat ausgeübt. Zur Sicherung der Herrschaft des Proletariates und gegen die Weltherrschaspläne der Verbandsmächte müsse das innigste Waffen- und Geistesbündnis mit der russischen Sowjet-Regierung geschlossen werden.

Infolge des Rücktrittes der Regierung hat der Arbeiterrat die Regierung übernommen und einen vorläufigen revolutionären Regierungsrat gebildet, dessen Mitglieder den Titel „Volkskommissäre“ führen. Das Präsidium übernimmt Garbal, Volkskommissär für Finanzen ist Varga, für Inneres Kahun, für Krieg Pogany und für Sozialisierung Boehm.

Die Volksregierung hat über Ofenpest und über das ganze Land das Standrecht verhängt.

**Die Arbeit der Pariser Konferenz.**

Wilson, Lloyd-George, Clemenceau und Orlando beraten über die Grundlagen eines Vorfriedens (nicht endgültigen Waffenstillstandes) mit Deutschland; er soll die Verhandlungsforderungen an Deutschland in militärischer Hinsicht, zur See, die Abgrenzung und die Finanzbedingungen, sowie die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund enthalten. Italien drängt darauf, daß die Italianen interessierten Gebietsfragen auch im Vorfrieden geregelt werden. Die Volkskonferenz tritt erst zusammen, wenn die vier Staatsmänner beschlußreife Abmachungen getroffen haben. Nach einer Basler Meldung seien die Schwierigkeiten im 3. Rat durch Einkenten Wilsons (?) behoben.

**Widerstand deutscher Seeleute.**

Die Verbände der deutschen Reeder und der deutschen Transportarbeiter haben in der letzten Zeit ein neues Tarifabkommen geschlossen. Eine kleine Gruppe der im Spartakistischen Seemannsbunde organisierten Seeleute fordern eine 100prozentige Erhöhung der Löhne des Tarifvertrages, im anderen Falle würden die für die Lebensmittelversorgung Deutschlands bestimmten Schiffe nicht ausfahren. Die Forderung wurde nicht bewilligt und so haben die Seeleute in Hamburg sowie in Bremen

die von den Verbandsmächten geforderte Auslieferung der deutschen Handelsflotte verweigert und ausen deutschen Seeleuten es zur Pflicht gemacht, die Arbeit auf den Schiffen nicht aufzunehmen. Der Verband der Transportarbeiter, Sektion Seeleute, wendet sich gegen den fraglichen Beschluß und hebt hervor, daß die Seeleute trotz der von den deutschen Schiffen geführten Verbandsflagge unter deutschem Recht und deutschem Befehl stehen. Die Regierung verhandelt mit den ausländischen Seeleuten, um auf alle Fälle die Ausfahrt der Lebensmittelampfer zu erreichen.

**Die Zukunft von Vorarlberg.**

(Reichsautausch über untern künftige Zugehörigkeit)

Mittelberg, 16. März. (Die Zukunft Kleinwalfertals.) Die Frage über die Zukunft Vorarlbergs ist allem Anscheine nach so weit gebieten, daß sie gegenwärtig von unserer Landesregierung offiziell angegriffen wird. Was geschieht mit dem Kleinwalfertale, wenn Vorarlberg sich der Schweiz anschließt? Das ist nun für die Bewohner der Gemeinde Mittelberg eine brennende Frage. Da wir durch unsere geographische Lage unter allen Umständen gezwungen sind, wirtschaftlich mit Bayern zu verkehren, haben die Wasser durch Jahrzehnte gearbeitet, bis der Zollanschluß an Deutschland erwirkt wurde. Es sei nur nebenbei bemerkt, daß Dr. Tiburt Friz, auch ein Wasser, beim Ministerium in Wien 44 Mal vorstellig werden mußte, bis endlich am 1. Mai 1891 die fragliche Angelegenheit erledigt wurde.

Es ist jedoch durchaus nicht als sicher anzunehmen, daß wir den Zollanschluß an Bayern auch fernerhin gesichert haben, wenn wir Schweizer werden. Besonders die gegenwärtige, vorwiegend in Deutschland genante Privilegium ein rasches Ende bereiten. Ein Anschluß an Bayern bei den gegenwärtigen mickrigen Verhältnissen ist für uns Wasser gewiß nicht empfehlenswert; denn wir sind nicht willens, die furchtbaren Lasten, welche die Verbandsmächte unseren Nachbarn auf 50 Jahre auferlegen dürften, mitzuführen zu tragen. Es bleibt uns also nur noch der eine Ausweg, vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen und „die kleine Republik“, wie unser Land von Regierungsmännern des Landes schon vor Jahren mit Vorliebe genannt wurde, in der Tat anzustreben. Wenn wir die Steuern, die von uns Wältern jährlich an den Staat entrichtet werden, für unsere eigene Wirtschaft verwenden könnten, dürfte ein großer Teil herabgesetzt werden und wir wären dennoch in der Lage, einen geordneten Haushalt zu führen und für Straßen- und Brückenbauten usw. noch einen hinreichenden Fonds anzulegen. Unsere Steuerleistung an Land und Staat beträgt heute jährlich nach Abzug familiärer Gegenleistungen 36.000 Kr., für unsere eigene Gemeindeverwaltung müssen wir noch selbst aufkommen. Es ist also nicht einzusehen, warum wir alljährlich eine so hohe Summe oder noch mehr (die Steuern sind noch nicht auf höchste gestiegen) an irgend einen Staat zahlen, der uns in keiner Hinsicht Schutz zu bieten vermag und selbst ohnmächtiger ist als ein Sterbender. Oder sollten wir mit unsem Steuergebern den Juden und sozialistischen Regierungen ihre hohen Gehälter sichern, damit sie dann vielleicht dafür unsere Kirchengänger einziehen, die Religion aus der Schule verdrängen, die katholische Ehe zerlören und dergleichen Sachen mehr?

Auch das Land soll und darf uns nicht an unserer Selbständigkeit hindern. Nachdem uns die alte Regierung in Wien in so unangenehmen Umständen gestürzt hat, haben wir gewiß vollen Anspruch, alles aufzubieten, uns von dieser Knechtschaft frei zu machen, damit wir Landwirte im Gebirge durch maßlos hohe Steuern nicht dem unauslöschlichen Ruin verfallen. Was riskieren wir, wenn wir uns selbständig stellen? Gar nichts, wir gewinnen vielmehr.

Es kommt nun die Frage, ob im Falle der Erlangung unserer Selbständigkeit nicht Zollschranken den Verkehr mit Bayern erschweren würden oder ob ein wirtschaftliches Abkommen überhaupt zu erreichen sei oder nicht. Dem gegenüber sei bemerkt, daß diese Frage durch eine einfache Formfrage ihre Lösung fände, indem wir uns unter den Schutz Bayerns stellen, bezw. ihn uns zu erwerben suchen. Das Verhältnis Neuchâtel zu Deutschland lautet uns zum Vorbild dienen.

Die Verwaltung der „kleinen Republik“ kann auf ganz demokratischer Grundlage aufgebaut werden, indem für jede der drei Fraktionen ein Mann, oder wie man ihn dann nennen mag, mit dem Zugeständnisse gleicher Rechte gewählt würde und denen eine Anzahl von Vertretern (Gemeindeauschuss) zur Durchführung des Volkswillens zur Seite gestellt wird. Nur eines sei noch erwähnt, was wohl als heikelster Faktor bei der Selbstverwaltung in Betracht käme, nämlich das Justizwesen. Wie uns die Geschichte Mittelbergs lehrt, hat das Kleinwalfertal fast mehr als 300 Jahre lang das Justizwesen bis zu einem höheren Grade (Verbrecher) selbst besorgt, mußte aber damals die Ge. etc. selbst ausarbeiten. Um wieviel leichter wäre dies heute, da das Bürgerliche und Strafrecht zur Verfügung stehen! Und wie manches Urteil würde anders gesprochen, wenn nicht fremde Richter, wie es heute so häufig im Zivilprozeß, sowie auch in politischer Beziehung vorkommt, über Dinge entscheiden, zu denen ihnen das A B C der technischen Sach- und Ortskenntnisse fehle.

Es ist gewiß an der Zeit, die fragliche Angelegenheit auch bei uns zur allgemeinen Besprechung und Behandlung zu bringen; denn in kürzester Zeit wird sich Vorarlberg entscheiden und dann soll auch wir schlüssig geworden sein. Und besonders ihr, Frontsoldaten, die ihr über vier Jahre lang unter unglücklichen Strapazen die vielfach schuldwürdige Wirtschaft mitansehen mußtet, welchen Dank habt ihr für eure heldenmütige Vaterlandsverteidigung erhalten oder zu erhoffen? Aus welchen Leuten ist unsere Mehrheitsregierung in Wien zu einem großen Teile gebildet? Glaube ich, daß die Sozialisten mit ihren vorfremden Ideen imstande sind, das Volk zu beglücken? Wir haben die Regierungsunfähigkeit dieser Leute nun zur Genüge kennen gelernt. Darum rufe auch auf zu gemeinsamer Arbeit, damit der Volkswille durchbringe und uns die Freiheit verschaffe! Mittelberg den Mittelbergern, das Walfertal den Wältern!

(Die genaue Echebung der direkten und indirekten Steuerleistung ist nicht so einfach, daß sie ohne Zustimmung aller behördlichen Behörde und sachverständiger Berechnungen leicht gemacht werden kann. Auch die Auslagenberechnung ist schwierig. Ein Teil der Kosten der Staats- und Landesverwaltung, der Echte usw. entfällt auf das kleine Walfertal. — Daß die künftige Stellung Mittelbergs im Falle eines Anschlusses an die Schweiz einer besonderen Regelung bedürfte, ist richtig. Wir meinen aber, daß dann so viele sehr schwierige Fragen zu regeln wären, daß die Mittelbergische noch nicht einmal die größte wäre. Die Redaktion.)

Bludenz, 16. März. (Auch ein Beitrag zum Studium der Anschlußfrage Vorarlbergs.) Western war im „Volksblatt“ zu lesen, daß in Bayerisch-Schwaben Stimmen für den Anschluß an Württemberg laut werden. Damit würde sich für Vorarlberg eine dritte (bzw. vierte) Möglichkeit des Anschlusses eröffnen, die sicher auch Beachtung verdient. Von Um geht nämlich eine Bewegung aus, welche einen Bundesstaat oder Reichsstaat Alemannien (Schwaben) begründen und hierin auch Vorarlberg einbeziehen will. Das von Rektor Dr. Magirus in Um neulich verwendete Flugblatt „Schwaben, leht, oder nie mehr“ vertritt in padender Weise dieses Bestreben. Wenn sich Bayerisch-Schwaben-Neuburg anschließen, dann stände auch Vorarlberg geographisch die Türe zum Anschlusse an Alemannien (mit Württemberg, Hohenzollern, Schwaben-Neuburg und allen Teile v. n. Baden) offen: ein hübsch abgerundetes Gebiet mit einheitlich alemannischer Bevölkerung, die uns schon ehemals sehr sympathisch war, ruhig, arbeitssam und lebhaft, jedem Volkshewismus abgeneigt, religiös-kulturell uns nahestehend, wirtschaftlich ein segnetes Land. Alte Erinnerungen wacher wieder auf aus der Zeit, wo Vorderösterreich weit ins Babilische hinunterreichte und bis in die neueste Zeit daselbst ein warm-freundliches Gedenken hinterließ. Mögen Bezufene auch diese Anschlußmöglichkeit in ihren Studienplan aufnehmen! (Diesem Wunsche dürfte in den Beschlüssen der letzten Landesversammlung Rechnung getragen sein. Die Red.)

**Nachrichten aus Vorarlberg.**

Regenz, 22. März. (Von die Bekletter des „Volksblattes“) Für die „Volksblatt“-Abnehmer, deren Bestellung mit 31. März ab

